

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 109. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. November 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i.V. von Jens-Christian Magnussen

i.V. von Hans-Jörn Arp

i.V. von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Martin Kayenburg (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Änderungsvorschläge der Landesregierung und der Landtagsverwaltung zum Haushaltsentwurf 2009/2010 (Nachschiebeliste)	5
Vorlagen des Finanzministeriums Umdrucke 16/3600, 16/3627, 16/3628 und 16/3629	
Vorlage der Landtagsverwaltung Umdruck 16/3672	
hierzu: Stellungnahme des Rechnungshofs zum Doppelhaushalt Umdruck 16/3603	
2. Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2285	
(überwiesen am 12. November 2008)	
3. Einkommens- und Vermögensentwicklung in Schleswig-Holstein	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2278	
(überwiesen am 12. November 2008 zur abschließenden Beratung)	
4. Aktenvorlagebegehren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. Murmann School of Global Management and Economics	10
Umdruck 16/3666	
5. Aktenvorlagebegehren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. HSH Nordbank	11
Umdruck 16/3633 (neu)	

6. Information/Kenntnisnahme 12

Umdruck 16/3597 - Entwicklung der Personalbudgets 2007

Umdruck 16/3599 - Schleswig-Holstein-Fonds

Umdruck 16/3604 - Privatschulfinanzierung

Umdruck 16/3611 - Förderung des Landesverbandes der Musikschulen

Umdruck 16/3614 - Kulturhaushalt

Umdruck 16/3638 - Kinderbetreuungsfinanzierung

Umdruck 16/3639 - Schulbau

Umdruck 16/3640 - Erneuerbare-Energien-Gesetz

Umdruck 16/3625- Kooperationsvertrag zum BAföG-EDV-Verfahren

interner Umdruck 16/3641 - Petition zu Lebenspartnerschaften

7. Verschiedenes 13

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Änderungsvorschläge der Landesregierung und der Landtagsverwaltung
zum Haushaltsentwurf 2009/2010 (Nachschiebeliste)**

Vorlagen des Finanzministeriums

Umdrucke 16/3600, 16/3627, 16/3628 und 16/3629

Vorlage der Landtagsverwaltung

Umdruck 16/3672

hierzu: Stellungnahme des Rechnungshofs zum Doppelhaushalt

Umdruck 16/3603

Auf eine Frage von Abg. Heinold sagt St Dr. Wulff zu, den Mehrbedarf bei der Zuwendung für Schloss Glücksburg bis Anfang nächster Woche schriftlich zu begründen.

Auf eine weitere Frage von Abg. Heinold antwortet Frau Kubsch, der Anstieg der Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten in Kapitel 04 10 sei allein auf die Besoldungssteigerungen zurückzuführen.

Auf eine weitere Frage von Abg. Heinold erwidert St Dr. Wulff, die Landesregierung schlage keine Einführung der Sonderzahlungen für Anwärterinnen und Anwärter vor, die das Land ohne den Lehrerbereich circa 250.000 € kosten würde.

Abg. Dr. Garg erinnert die Koalitionsfraktionen in diesem Zusammenhang an ihre Zusage, den Anwärterinnen und Anwärtern Weihnachtsgeld zu zahlen.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk erwidert RL Quirnbach, mit der Verschiebung von 157.000 € von der Universität Flensburg zur Christian-Albrechts-Universität Kiel werde ein Fehler im ursprünglichen Haushaltsentwurf korrigiert. Eine Frage des Vorsitzenden beantwortet er dahin, die ursprünglich für die Murmann School vorgesehenen Gelder in Höhe von 500.000 € seien im Doppelhaushalt noch enthalten und würden im Haushaltsvollzug umgesetzt.

Eine Frage von Abg. Heinold zum Schulbau beantwortet St Dr. Wulff dahin, zurzeit gehe die Landesregierung davon aus, dass das Programm des Bundes zur energetischen Gebäudesanierung auf die Jahre 2008 und 2009 begrenzt sei, und habe daher für 2010 keine Kofinanzierungsmittel eingestellt.

Auf eine Frage von Abg. Heinold begründet RL Maaß die Reduzierung der Schuldendiensthilfen an die SCHLEI-Klinikum Schleswig FKSL GmbH und die AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH mit Verzögerungen beim Baufortschritt. - Abg. Heinold vermisst auch an dieser Stelle entsprechende Erläuterungen.

Auf eine Frage von Abg. Heinold sagt St Dr. Wulff für die Landesregierung zu, zu den Mehrkosten bei Haushaltsstelle 10 03-533 02, Landesamt für soziale Dienste, Beweiserhebung durch Gutachter, und der Frage des Wegfalls einer Gutachter-Stelle schriftlich Stellung zu nehmen.

Abg. Heinold bittet das Sozialministerium, dem Ausschuss nähere Informationen zum Projekt „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“ zuzuleiten.

Auf eine weitere Frage von Abg. Heinold erwidert RL Dr. Rumpf, der Rückgang bei den Einnahmen aus der Körperschaftsteuer sei nicht auf die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform zurückzuführen.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk zu Mehrkosten bei der Tierseuchenverhütung teilt RL Steffen mit, es sei vorgesehen, die Geflügelbestände in Schleswig-Holstein vorsorglich auf Salmonellen zu untersuchen.

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg erwidert St Dr. Wulff, die Landesregierung plane keine weitere Änderung von § 10 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes (Anhebung der Nivellierungssätze). Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Sozialausgaben zitiert er die Annahmen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 4. und 5. November 2008 (Umdruck 16/3598): „Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit nahezu unverändert bleiben. Die Erwerbstätigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2008 voraussichtlich um gut rund 0,5 Millionen Personen zunehmen (plus 1,3 %), im kommenden Jahr wird mit einem leichten Rückgang um 42.000 Personen (minus 0,1 %) gerechnet.“

Über Einzelheiten und Auswirkungen der Inanspruchnahme des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes durch die HSH Nordbank könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts sagen, da

die Verhandlungen und die Gespräche zwischen dem HSH-Vorstand und dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung noch nicht abgeschlossen seien.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2285

(überwiesen am 12. November 2008)

Eine Frage von Abg. Schlosser-Keichel beantwortet P Dr. Altmann dahin, der Landesrechnungshof werde sich zur Frage einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die politisch entschieden werden müsse, nicht äußern. Hinsichtlich höherer Einnahmeerwartungen müsse man die Auswirkungen der Steuererhöhung auf die Nachfrage nach Immobilien, die Kaufpreise und die Konjunktur berücksichtigen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Beratung über den Gesetzentwurf zurückgestellt. - Abg. Heinold bittet darum, den Gesetzentwurf spätestens in der übernächsten Ausschusssitzung zu beraten, damit er in der Dezember-Tagung des Landtages in zweiter Lesung behandelt werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Einkommens- und Vermögensentwicklung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2278

(überwiesen am 12. November 2008 zur abschließenden Beratung)

Auf Antrag von Abg. Koch stellt der Finanzausschuss die Beratung über den Bericht bis Mitte Januar 2009 zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Aktenvorlagebegehren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach
Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. Murmann School of Global
Management and Economics**

Umdruck 16/3666

Das Aktenvorlagebegehren Umdruck 16/3666 wird von allen Mitgliedern des Finanzausschusses unterstützt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. HSH Nordbank

Umdruck 16/3633 (neu)

Abg. Heinold weist darauf hin, dass die Landesregierung nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung verpflichtet ist, dem Ausschuss die Akten unverzüglich vorzulegen.

St Dr. Wulff teilt mit, wenn das genehmigte Protokoll der HSH-Aufsichtsratssitzung vorliege, werde die Landesregierung die Prüfung gemäß Artikel 23 Abs. 3 der Landesverfassung vornehmen und dem Ausschuss das Ergebnis ihrer Prüfung mitteilen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/3597 - Entwicklung der Personalbudgets 2007
Umdruck 16/3599 - Schleswig-Holstein-Fonds
Umdruck 16/3604 - Privatschulfinanzierung
Umdruck 16/3611 - Förderung des Landesverbandes der Musikschulen
Umdruck 16/3614 - Kulturhaushalt
Umdruck 16/3638 - Kinderbetreuungsfinanzierung
Umdruck 16/3639 - Schulbau
Umdruck 16/3640 - Erneuerbare-Energien-Gesetz
Umdruck 16/3625 - Kooperationsvertrag zum BAföG-EDV-Verfahren
interner Umdruck 16/3641 - Petition zu Lebenspartnerschaften

Der Finanzausschuss nimmt die o. a. Umdrucke zur Kenntnis.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen teilt Frau beim Graben mit, das Science Center in Kiel sei nicht mehr Bestandteil des Schleswig-Holstein-Fonds, sondern solle über das Zukunftsprogramm gefördert werden.

Abg. Astrup verweist in dem Zusammenhang auf den Grundsatz von Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Finanzausschusses, ohne vorherige Information des Ausschusses keine Haushaltsmittel für das Projekt zu verausgaben.

Der Finanzausschuss fordert die Staatskanzlei auf, den Ausschuss über die aktuelle Entwicklung der Eutiner Sommerspiele bis zu nächsten Sitzung schriftlich zu informieren.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur besoldungsrechtlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit Verheirateten verweist St Dr. Wulff auf die politische Verantwortung des Landtages im Zusammenhang mit der in der parlamentarischen Beratung befindlichen Neuregelung des Landesbeamtengesetzes und wiederholt seine Ankündigung einer Änderung des Besoldungs- und Versorgungsrechts im nächsten Jahr.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss beschließt, vom 1. bis 3. Juli 2009 eine **Informationsreise** nach Frankfurt durchzuführen.

- b) Der Vorsitzende bittet das Wissenschaftsministerium, in der nächsten Sitzung, am 27. November 2008, über den Stand der Einführung des neuen Managementsystems ORBIS im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein zu berichten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer